



Symposium des Wissenschaftlichen Beirats der Südosteuropa-Gesellschaft

Konservatismus, Homophobie und die Angst vor dem „Gender-wahn“: Geschlechterpolitik in Südosteuropa

Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Bamberg, 1. März 2019

Bericht von Oliver Schwarz, Duisburg

□ Nord-, West- und Mitteleuropa sind seit geraumer Zeit durch eine fortschreitende Liberalisierung der Geschlechterpolitik gekennzeichnet. Dies zeigt sich etwa in der mittlerweile nahezu flächendeckenden Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe, dem Ausbau der Grundrechte im Bereich der geschlechtlichen und sexuellen Selbstbestimmung und einem relativ hohen Maß öffentlicher Toleranz gegenüber nicht-traditionellen Familien- und Beziehungsmodellen. Demgegenüber ist Südosteuropa durch einen gegenläufigen Trend geprägt. – Vor dem Hintergrund dieses Spannungsverhältnisses diskutierte im Rahmen des diesjährigen Symposiums des Wissenschaftlichen Beirats der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg ein Panel international herausragender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedene Aspekte der Geschlechterpolitik sowie der Rechtsentwicklung in Südosteuropa. Hierbei sollten nicht nur die Differenzen des südöstlichen zu den nördlichen und westlichen Teilen des Kontinents, sondern auch die zum Teil stark variierenden Trends innerhalb Südosteuropas beleuchtet werden. Zudem sollte den Ursachen und Folgen des vielfach konstatierten „illiberalen Trends“ südosteuropäischer Staaten nachgegangen werden.

Das Symposium wurde eröffnet durch eine Begrüßungsrede von SOG-Präsident Dr. h.c. *Gernot Erler*, der ein nachdenkliches Bild über die aktuelle Situation der Geschlechterpolitik in Südosteuropa zeichnete: „Während in Westeuropa die gleichgeschlechtliche Ehe fast überall möglich wurde, die Toleranz gegenüber nicht-traditionellen Beziehungsmodellen wächst, sehen wir bei unseren Nachbarn eher gegenläufige Trends – wenn etwa in Kroatien und der Slowakei die ‚Ehe für alle‘ erst vor wenigen Jahren verboten wurde“, so der ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt. Die größte Herausforderung stelle jedoch vielleicht die derzeitige Gegenbewegung gegen die Gleichstellung der Geschlechter sowohl in Südosteuropa als auch in der Europäischen Union dar.

Hieran knüpfte auch Dr. *Jutta Lauth Bacas*, stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Südosteuropa-Gesellschaft, in ihren Begrüßungsworten an: Ein immer stärker zu konstatierender gesellschaftlicher und politischer „*backlash*“ in EU-Mitgliedstaaten wie Kroatien, Ungarn oder der Slowakei berge die Gefahr, dass die bisherigen Erfolge bei der Gleichstellung von Frauen und Männern untergraben werden, der Schutz gegen Diskriminierung geschwächt und weitere Fortschritte gerade auch im näheren Umfeld der Europäischen Union erschwert würden.

Eine inhaltliche Einführung in das Thema des Symposiums gab im Anschluss Dr. *Michael Hein* von der Georg-August-Universität Göttingen, der für den Wissenschaftlichen Beirat der SOG die Veranstaltung inhaltlich und organisatorisch vorbereitet hatte. Hein lenkte zunächst seinen politikwissenschaftlichen Blick auf die Ebene der Verfassungspolitik in den südosteuropäischen Staaten. Wie unter einem Brennglas würden hier die vielfältigen, im Zuge der umfassenden Reformen ausgetragenen Konflikte auch in der Geschlechterpolitik gebündelt. So hätten Kroatien und die Slowakei per Verfassungsänderung die mögliche Einführung einer „Ehe für alle“ auf einfach-gesetzlicher Ebene verboten. In Rumänien wiederum sei erst kürzlich ein entsprechendes Verfassungsänderungsverfahren in einem Referendum gescheitert. Auch eingetragene Lebenspartnerschaften seien nur in einer Minderheit der Staaten Südosteuropas etabliert worden. In vielen Ländern komme es regelmäßig zu homophober Gewalt. So könnten etwa die jährlichen „Gay-Pride-Paraden“ meist nur unter starkem Polizeischutz durchgeführt werden, auch wenn sich die zum Teil gewaltsamen Gegenproteste in den vergangenen Jahren abgeschwächt hätten. Weite Teile der politischen Eliten und einflussreiche gesellschaftliche Gruppen (wie etwa die christlichen Kirchen) bekämpften alle Schritte zu einer Liberalisierung der Geschlechterpolitik. Zuletzt habe dies dazu geführt, dass Bulgarien und die Slowakei die Istanbul-Konvention – das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt – nicht ratifiziert hätten. Mit dieser Einführung überließ Hein dem Panel das Wort, das er vorab noch kurz im Einzelnen dem gespannten Auditorium vorstellte.

Als Erster präsentierte Dr. *Damir Banović*, Assistenzprofessor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Sarajevo, seine Erkenntnisse über „Geschlechterpolitische Diskurse und (Verfassungs-)Rechtsentwicklung in Südosteuropa im Überblick“. In seinem in englischer Sprache gehaltenen Vortrag ging Banović zunächst auf den rechtlichen Kontext der europäischen Geschlechterpolitik ein. So sei das europäische Antidiskriminierungsrecht in vielen primärrechtlichen Grundlagen verankert – in den EU-Verträgen ebenso wie in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Gerade Letztere sei von besonderer Bedeutung, denn alle sekundärrechtlichen Texte der EU, einschließlich der Antidiskriminierungsrichtlinien, müssten mit der Charta in Einklang stehen. Dieser Sachverhalt habe dem europäischen Antidiskriminierungsrecht ein neues *Framing* gegeben. Banović machte diesen positiven Effekt an mehreren Fällen deutlich, wie zum Beispiel an Bulgarien, der Slowakei, der Türkei, Serbien sowie Bosnien und Herzegowina. Insgesamt hätten alle Länder Südosteuropas entsprechende rechtliche Voraussetzungen für eine angemessene Geschlechterpolitik in ihren Verfassungen und ihrer nationaler Gesetzgebung geschaffen. Diese Voraussetzungen stießen jedoch oftmals auf ein illiberales politisches Umfeld. Es existiere daher eine beträchtliche Lücke zwischen der „schönen heilen Welt“ des Verfassungsrechts und der tatsächlich praktizierten Verfassungswirklichkeit in Südosteuropa.

Im Anschluss daran referierte Dr. *Petra Ahrens*, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Tampere und Gastprofessorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Antwerpen, zum Thema „Einstellungen zu geschlechterpolitischen Fragen im gesamteuropäischen Vergleich“. Ahrens gewährte vertiefte Einblicke in die Positionen von EU-Bürgerinnen und -Bürgern anhand empirischer Daten von Eurobarometer sowie der Agentur der Europäischen Union für Grund-

rechte. So sei die allgemeine Unterstützung für ein stärkeres Engagement der Europäischen Union im Bereich „Gleichbehandlung von Männern und Frauen“ in den Jahren 2016 und 2018 zwar von 55 % auf 65 % gestiegen. Hierbei gebe es jedoch zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede: Die größte Unterstützung für eine stärkere Beteiligung der EU zeige sich etwa in Spanien (86 %), gefolgt von Portugal (85 %) und Zypern (82 %). Am wenigsten werde eine stärkere Mitwirkung der EU von den Bürgerinnen und Bürgern in Lettland (37 %) und Estland (32 %) befürwortet. Dieses Gefälle spiegle auch der von der Europäischen Kommission 2017 präsentierte Index zu Geschlechterstereotypen wieder. Die Befragten in Bulgarien zeigten demnach die stärkste Tendenz, Geschlechterklischees zu vertreten (12,4), gefolgt von den Bürgerinnen und Bürgern in Ungarn (11,3) und Litauen (10,9). Im Gegensatz dazu neigten die Befragten in Schweden (3,0), Dänemark (4,4) und den Niederlanden (4,6) mit der geringsten Wahrscheinlichkeit zu Geschlechterstereotypen. Insgesamt, so Ahrens, sei innerhalb der Bevölkerung der Europäischen Union Geschlechtergleichstellung zwar als klare Norm erkennbar, unterliege jedoch einem beständigen Wandel und sei zudem einem deutlichen Ost-West-Gefälle unterworfen.

Als dritter Sprecher folgte Dr. *Martin Mlinarić*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medizinische Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, mit seinem Vortrag über „Emanzipation sexueller Differenz und homophobe Gegenbewegungen im postjugoslawischen Raum“. Mlinarić griff für die Präsentation auf seine 2017 im Harrassowitz-Verlag veröffentlichte Dissertation zurück, in der er auf Grundlage einer qualitativen Inhaltsanalyse kroatischer und serbischer Massenmedien sowie einer quantitativen Sekundärdatenauswertung des European Values Survey (EVS) den widersprüchlichen Status sexueller Differenz im Kontext der Nachwehen der Europäisierung zweier postjugoslawischer Nachkriegsgesellschaften und der Finanz- und Wirtschaftskrise untersucht hatte. In seinem Vortrag zeigte Mlinarić zunächst auf, dass im Untersuchungszeitraum von 2009 bis 2013, also nach der Verabschiedung der jeweiligen Antidiskriminierungsgesetze, in beiden Staaten mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sexuelle Differenz moralisch verurteilt und ein Adoptionsrecht für Schwule und Lesben abgelehnt hätten. Mlinarić erklärte diesen Sachverhalt mithilfe eines Vierphasenmodells, in dem sich homophober Populismus als emotionaler Widerstand gegen „normale westliche“ Wertemodelle abzeichne. Während auf der Ebene der Massenmedien ein „fairer“ und offener Wettbewerb zwischen den Akteuren des Geschlechterdiskurses vermittelt werde, entstünden auf individueller Ebene provinziell-patriotische Gegenreaktionen, die sich vor allem auf die Kirche und die klerikal konservative Zivilgesellschaft beriefen. Dieser Dissens werde sowohl in Kroatien als auch in Serbien im Sinn einer auf Minimalkonsense angelegten „deliberativen Demokratie“ befriedet. Öffnungen im Bereich allgemeiner Sichtbarkeit (Serbien) und gleichgeschlechtlicher Partnerschaft (Kroatien) würden für sexuelle Minderheiten darin nur partiell gewährt.

Das Panel wurde von Dr. *Roswitha Kersten-Pejanić* abgeschlossen, die als Forschungsstipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) am Center for Advanced Studies – South Eastern Europe (CAS SEE) der Universität Rijeka tätig ist. Sie sprach über „Die Rolle der EU und des Europarats für die Gleichstellung der Geschlechter in Südosteuropa: das Beispiel Kroatien“. Kersten-Pejanić stellte anhand ihrer Analyse des kroatischen EU-Beitrittsprozesses dar, welch kraftvolles Instrument das Prinzip europäischer Konditionalität sein könne. Sie belegte ihre Analyse mit interessanten Auszügen aus Interviews, die sie beispielsweise mit der Direktorin des Zagreber Center for Women's Studies und Vize-Präsidentin der European Women's Lobby (EWL), Rada Borić, der Präsidentin der feministischen Menschenrechtsorganisation B.a.B.e., Sanja Sarnavka, der Ombudsfrau für die Gleichstellung der Geschlechter, Višnja Ljubičić, oder der Direktorin des Gleichstellungsbüros, Radin Štimac, geführt hatte. Die ausgewählten Interviewfragmente zeigten dabei deutlich, dass sich die eigentliche Kraft des EU-Beitrittsprozesses

weniger aus dem bloßen administrativen Prozess der Anpassung nationaler Politik an die Vorgaben des *Acquis Communautaire* entwickelte, sondern vielmehr aus der Schaffung eines zeitlich begrenzten „*window of opportunity*“. „Europäisierung“ sei somit mehr als ein bloßes „*downloading*“ europäischer Vorgaben auf die nationale Ebene, sondern ermögliche es nationalen Akteuren, geschlechterspezifische Themen stärker auf der politischen Agenda zu verankern sowie Regierungen und politische Eliten unter Druck zu setzen, um das Ziel der Gleichstellung konsequent zu verfolgen. Trotz des überwiegend hierarchisch organisierten Verhandlungskontextes des EU-Beitrittsprozesses sei es hierbei durchaus möglich, auch eigene Schwerpunkte zu setzen.

Im Anschluss an die vier informativen und aufschlussreichen Vorträge entstand eine rege Diskussion. In dieser stand zunächst die Rolle der Religion im Mittelpunkt. *Damir Banović* gab hier zu bedenken, dass Religiosität zur Erklärung konservativer Geschlechter Einstellungen und traditionaler Rollenmuster nur einer von vielen Faktoren sei – und hierunter nicht einmal der bedeutendste. Da explizit nach der Rolle des Islam gefragt wurde, verwies Banović auf den eher liberal ausgeprägten Islam in Bosnien und Herzegowina. Die empirische Erklärungskraft des Faktors Islam bleibe aus seiner Sicht hinter seiner Prominenz im öffentlichen Diskurs zurück.

Daneben zeigte sich auch die Rolle der Diaspora als ein gewichtiger Punkt, der während der Diskussion aufgegriffen wurde. *Martin Mlinarić* führte diesbezüglich zum einen an, dass die Stimme der Diaspora gerade in konfliktbeladenen Wertefragen oftmals eine normative Überhöhung erfahre und sich im politischen Diskurs daher in besonderer Weise als identitätsrelevant erweise. Neben diesem ideologischen Effekt sei jedoch vor allem auch hervorzuheben, dass eine Diaspora häufig über erhebliche finanzielle, organisatorische und strukturelle Ressourcen verfüge und damit unmittelbar von außen in den politischen Diskurs eingreifen und entsprechende Akteure beziehungsweise deren Inhalte unterstützen könne.

Auch die Vernetzung auf europäischer Ebene wurde thematisiert. *Roswitha Kersten-Pejanić* wies zunächst darauf hin, dass es vor allem regionale Netzwerke seien, in denen sich die Frauenbewegung Südosteuropas engagiere. Sie nannte etwa die *Regional Women's Lobby for Peace, Security and Justice in Southeast Europe (RWLSEE)*, die weibliche Führungspersönlichkeiten aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien zusammenbringe. Nahezu alle nationalen Verbände seien darüber hinaus in der organisiert, so dass hier enge Beziehungen zwischen den Ländern Südosteuropas und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bestünden. Darüber hinaus sei eine Vielzahl internationaler Organisationen in der Region tätig und arbeite länderübergreifend zu verschiedenen Themen – wie Bildung und Ausbildung, der Bekämpfung sexueller Gewalt oder der verstärkten Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und in Führungspositionen. Kersten-Pejanić merkte an, dass eine Vernetzung jedoch auch auf konservativer Seite stattfinde. Sie verwies hier auf die Proteste, die sich grenzüberschreitend an der „Istanbul-Konvention“ entzündet hatten. So hätten sich im März 2018 insgesamt 333 NGOs aus Bulgarien, Kroatien, Litauen, Lettland, Malta, Rumänien, der Slowakei, Ungarn und der Ukraine auf einen gemeinsamen öffentlichen Brief an den Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, verständigt, in dem sie Inhalt und Ziel der Konvention kritisierten und entsprechende Änderungen einforderten.

Zum Ende der Diskussion kam noch einmal die Frage auf, ob die Integration Südosteuropas in die Europäische Union nun eine notwendige oder hinreichende Bedingung für eine adäquate Geschlechterpolitik sei. Diesbezüglich urteilte *Petra Ahrens*, dass Europa als *conditio sine qua non* zu begreifen sei. Sie verwies an dieser Stelle auf die Daten des *World Values Survey (WVS)*, der seit 1981 Befragungsdaten aus über 100 Ländern und Regionen über menschliche Werte

zusammen trägt. Die Daten wiesen bei den meisten Demokratien im zeitlichen Verlauf auf eine positive Entwicklung zu mehr Toleranz hin. Auf individueller Ebene sei hierfür sicherlich ein höherer Bildungsgrad, größere finanzielle Sicherheit und geringere Religiosität verantwortlich. Wichtig seien jedoch auch politische Orientierungen und demokratische Werte. So gingen negative Geschlechter Einstellungen oftmals einher mit Demokratieabbau, Korruption und illiberalen Praktiken. Demokratische Mitgliedstaaten der Europäischen Union zeigten sich daher deutlich toleranter als weniger demokratische Länder ohne EU-Mitgliedschaft. Einschränkend gab Ahrens jedoch zu bedenken, dass die Daten des WVS momentan nur bis zum Jahre 2014 vorlägen. Das in einigen EU-Mitgliedsländern zu konstatierende „*democratic backsliding*“ sei von diesen Daten also noch nicht vollständig erfasst. Die siebte Befragungswelle des WVS werde erst Ende des Jahres 2019 oder Anfang 2020 abgeschlossen sein und aktuellere Daten seien daher nicht vor Mitte 2020 zu erwarten.

So lange wollte der Moderator das Auditorium an diesem Abend in Bamberg nicht warten lassen und so zog *Michael Hein* am Ende des rund dreistündigen Symposiums ein eher verhalten optimistisches Resümee: Ja, in den vergangenen Jahrzehnten hätten die Europäische Union und der Europarat an bedeutenden Fortschritten in der Geschlechterpolitik mitgewirkt, diese würden jedoch nur langsam erfolgen und es gebe immer noch gravierende Unterschiede zwischen den Ländern – in ganz Europa. In manchen Staaten sei der Fortschritt inzwischen fast zum Erliegen gekommen oder weise sogar negative Tendenzen auf. Hierauf müsse gerade die Europäische Union entschlossen reagieren. Blicke man in die nahe Zukunft, so werde 2019 mit der Europawahl ein wichtiges Jahr für die weitere demokratische Ausgestaltung der EU, ihrer Mitgliedstaaten und den beitretenden Ländern Südosteuropas.

Die Südosteuropa-Gesellschaft kann sich dafür beglückwünschen, zum rechten Zeitpunkt ein kritisches Augenmerk auf ein wichtiges Thema gelenkt zu haben. Erfrischend war es zudem, die Diskussion in die kompetenten Hände eines jungen, paritätisch besetzten Panels zu übergeben. Allen Interessierten, denen es nicht vergönnt war, den facettenreichen Vorträgen vor Ort zu folgen, sei in Aussicht gestellt, dass sämtliche Referate des Symposiums in einem Schwerpunkt der nächsten Hefte der Südosteuropa Mitteilungen erscheinen werden.
